

20 Jahre Tschernobyl

25. Januar 2006 - Rede zur zivilen Nutzung der Atomkraft vor dem Hessischen Landtag

Sehr geehrter Herr Präsident,

morgen in zwei Monaten jährt sich zum 20sten Mal die Katastrophe von Tschernobyl. Das hat den Ministerpräsidenten nicht davon abgehalten fast zeitgleich neue Atomkraftwerke in Aussicht zu stellen und die Laufzeit der alten, schon vorhandenen Atomkraftwerke zu verlängern. Haben sie alles was passiert ist, was uns damals auch in Deutschland bewegte, schon wieder vergessen?

30 Menschen starben durch den Unfall in Tschernobyl, von den ca. 800.000 zwangsrekrutierten Aufräumhelfern sind bis heute mehr als 50.000 an den Folgen ihrer Arbeit gestorben und der größte Teil der noch Lebenden Helfer leidern heute an unterschiedlichen Krebserkrankungen. (Münchener Strahleninstitut)

Die eigentliche Krebswelle hat gerade erst begonnen und es werden in der ehemaligen UdSSR 200.000 bis 1 Mio. zusätzliche Krebstote erwartet. (Umweltlexikon)

Auch im Westen gibt es nachweislich gesundheitliche Effekte nach Tschernobyl, sagt das unabhängige Münchener Strahleninstitut.

Damals hieß es, Tschernobyl wäre im Osten eines der sichersten Atomkraftwerke.

Viele Wissenschaftler, Politiker, Unternehmer und auch Gewerkschaften setzten einst große, wie wir heute wissen, wirklichkeitsfremde Erwartungen auf die vermeintlichen Segnungen der Atomenergie. Die demokratische Linke täuschte sich ebenso wie die fortschrittsgläubigen Konservativen. Viele aber haben diesen Irrtum korrigiert, als sie erkennen mussten, dass auch die so genannte friedliche Nutzung der Atomenergie unüberschaubare Risiken mit sich trägt.

Heute wissen wir, es gibt nicht nur keine sicheren Atomkraftwerke im Osten, sondern dass es schlicht keine sicheren Atomkraftwerke gibt.

Meine Damen und Herrn, wir alle wissen hier im Saal, dass es Tschernobyl und Gefahrenherde wie Harrisburg, Sellafield und Le Hargue, um nur die größten Katastrophen anzuführen, gab. Unsichere Atomkraftwerke im Osten wie im Westen.

Dass es allein im Hessischen Atomkraftwerk, besser gesagt in Biblis rund 740 Störfälle seit der Inbetriebnahme gegeben hat. Ein solcher Reaktor würde heute gar nicht mehr gebaut werden. Atomkraftwerke sind prinzipiell nicht fehlerfreundlich. Fehlerfreiheit ist aber menschlich unmöglich. Ein Restrisiko bleibt unbestritten für Biblis und für jedes weitere Atomkraftwerk.

Und wenn ich daran denke, wie die Menschen in NRW fast eine Woche ohne Strom waren, weil die Energieunternehmen die

Leitungen nicht warteten und sie unter Schnee,
zusammenbrachen, dann Frage ich mich, ob man diesen
Konzernen bedenkenlos Atomkraftwerke anvertrauen darf.

Wir diskutieren hier oft über Generationengerechtigkeit und
Zukunftsfähigkeit. Wissenschaftliche Erkenntnisse belegen
eindrucksvoll die unermesslichen Gefahren der Nutzung der
Atomenergie. Andere Alternativen, nämlich nicht fossile
Energieträger, erneuerbare Energien, hat die Hessische
Landesregierung bekämpft und finanziell ausgeblutet – ich
komme darauf noch zurück – und die Frage der Atomkraft, die
wirklich eine Schicksalsfrage der Menschheit ist, beantworten
Sie Herr Koch, ohne Not, wie ein wirklicher Kernspalter:
Nach dem Motto – nach mir die Sintflut – behandeln sie das
Atommüllproblem. Das ist ökologisch, gesellschaftlich und
politisch verantwortungslos!

Und es ist ebenso, angesichts der unlösbaren Probleme,
volkswirtschaftlich verantwortungslos.
Diese Debatte wird aus rein ideologischen Motiven angezettelt.

Sie, Herr Ministerpräsident verschweigen nicht nur die
potentiellen Risiken einer weiteren Nutzung ganz bewusst und
gezielt, sie spielen auch mit den aktuellen Ängsten und Sorgen
der Menschen.

Arbeitslosigkeit einerseits, Angst um die Energieversorgung
andererseits, sind das populistische Schmiermittel dieser von
ihnen versuchten schlechten Inszenierung.

Gleichwohl ist dieses Muster bekannt und zunehmend erkennen die Wählerinnen und Wähler in Hessen ihren politischen Stil der Spaltung und Ausgrenzung.

Immer, wenn es für sie politisch schwierig wird, finden wir das wiederkehrende Muster:

1999 waren die Ausländer an allem schuld.

Bei der Landtagswahl 2003 war angeblich Rot-Grün Schuld an den schlechten Wirtschaftsdaten in Hessen – das werden sie wahrscheinlich auch noch nach 4 Jahren Großer Koalition behaupten - ,

dann waren es mal wieder die Arbeitslosen, die Schuld daran waren, dass es in Hessen keine Arbeitsplätze gibt.

Jetzt bauen sie schon mal vor, für die nächsten schlechten Zahlen aus Hessen: Es mangelt an Atomstrom.

Sie unterstellen, es gäbe keine Alternativen. Sie wollen an der Atomenergie festhalten, weil wir angeblich aus wirtschaftlichen Gründen auf Atomstrom nicht verzichten können, Arbeitsplätze gefährdet seien und es zu lange dauern würde, alternative Energien einzuführen.

Dann lassen sie uns die dazu passenden Fakten bewerten:

Fakt ist, meine Damen und Herrn, dass die Hessische Landesregierung unter sozialdemokratischer Führung 1999 noch insgesamt 24 Mio. € für erneuerbare Energien und Klimaschutz zur Verfügung gestellt hat.

Das war erst der Anfang und keineswegs genug, aber Sie haben

den Betrag auf magere 5,9 Mio. € reduziert.

Wahr ist, dass es unter sozialdemokratischer Führung in Hessen einen sozial-ökologischen Aufbruch gegeben hat.

Wahr ist, meine Damen und Herrn, dass es im Land Hessen und im Bund unter sozialdemokratischer Führung ein Umdenken und Umlenken in der Energiepolitik gegeben hat.

Und dass viele Modellprojekte im Sektor der regenerativen Technologien angestoßen wurden.

Für Hessen nenne ich nur die Förderung Viernheims als Brundlandt Stadt im Bereich der stofflichen und energetischen Nutzung sowie beim Energiesparen.

Sie, Herr Ministerpräsident, als oberster Kernspalter haben diesen Kurs, wo sie konnten, bekämpft und verhindert!

Fakt ist, dass mit dem Einsatz der Windenergie in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht wurden. 6% des deutschen Stroms werden mittlerweile durch Wind erzeugt. Und 60.000 Arbeitsplätze sind damit in den vergangenen Jahren geschaffen worden.

Und die deutschen Windkraftanlagen sind ein Exportschlager. Wer es mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen ernst meint, der setzt auf erneuerbare Energien.

Solarenergie, Windkraft, Biomasse, Energiesparprogramme und, und, und sind bis heute für die Hessische CDU Böhmisches Dörfchen.

Aber die Solarspeichertechnik, die Fotovoltaiktechnologie, die Windkraftträder – all das gibt es hier in Deutschland und auch in Hessen, Herr Ministerpräsident!

Es wäre die vornehmste Aufgabe jeder Landesregierung auf diesem Weg schnell voran zu kommen, Energieträger der Zukunft zu fördern.

Aber alternative Energien zu blockieren und unter anderem Geld und Genehmigungen für Windkraftanlagen zu verweigern um andererseits am Atomstrom festhalten zu können ist ein frivoler Widerspruch.

Die Sozialdemokraten wollen in einem ersten Schritt – ich betone ersten Schritt – ein Förderprogramm Erneuerbare Energien.

Wir setzen das Ziel, dass bis 2015 der hessische Beitrag an erneuerbarer Energien bei wenigstens 15% liegt.

Wenn Sie von Seiten der Landesregierung im Anschluss einwenden werden – und einer ihrer parlamentarischen Geräuschverstärker wird das sicher tun -, dass doch viele andere Nationen auf die Atomenergie und ihre friedliche Nutzung weiterhin setzen, übersehen sie nicht die dahinter stehenden militärischen Gefahren - die Nachrichten aus dem Iran sollten uns daran erinnern.

Umso dringender ist es, dass Deutschland sich als Pionier erneuerbarer, nicht fossiler und nicht nuklearer Energieträger versteht.

Meine Damen und Herrn, Herr Ministerpräsident,

ich freue mich schon jetzt auf den bevorstehenden Kommunalwahlkampf und auch auf die Landtagswahl, wenn wir beide mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Sinnlosigkeit ihrer Atompolitik debattieren.

Sie haben brutalstmöglich klar gemacht, warum es bei der so harmlos klingenden Debatte um die Laufzeitverlängerung geht: Um den generellen Wiedereinstieg in die Atomenergie um den Rückfall in längst verwelkte atomare Blüenträume.

Wie wollen sie verantworten, den kommenden Generationen für 10tausende von Jahren den Atommüll aufzubürden?

Dieser Anspruch ist vermessen. Welches politische System hat so lange unter stabilen Bedingungen Bestand?

Die Verfechter der Atomenergie verhalten sich so, als wäre ihre Generation die Letzte. Wir überheben uns dabei maßlos und liefern unser Schicksal einem technischen Gerät aus.

Diese Erkenntnis muss für uns grundlegend sein. Sie fällt überall dort schwer, wo man sich zu sehr auf die Atomenergie eingelassen hat.

Sie ignorieren das umfassende Potenzial regenerativer Energien, um ihr Festhalten an der Atomenergie zu legitimieren. Seit dem In-Kraft-Treten des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes am 1.4.2000 sind Kapazitäten zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in der Größenordnung von 16.000 MW in Deutschland installiert worden. Sie haben eine Jahresleistung die der von 7000 MW in Form von Großkraftwerken entspricht. Weil es sich um viele kleine und mittlere Anlagen handelt, die wenige Großkraftwerke ersetzen, können sie in kurzer Zeit betriebsbereit sein.

Stellen wir uns vor, im Jahr 2000 wäre entschieden worden sieben Großkraftwerke mit einer Kapazität von 1000 MW zu bauen:

Keines wäre heute schon fertig gestellt und keines könnte heute schon produzieren.

Das Argument, wir würden zu viel Zeit für die Umstellung für die Umstellung auf erneuerbare Energien brauchen, weshalb sie die Laufzeit für Atomkraftwerke verlängern wollen, ist so offensichtlich fadenscheinig: nichts kann schneller eingeführt werden als erneuerbare Energien – wenn man es politisch will!!

Atomkraftwerke und Großkraftwerke sind das Material der großen Stromkonzerne. Erneuerbare Energien sind das Material für Kommunen und ihre Stadtwerke. Angesichts der Gefahren und Folgeproblemen, die uns die Atomenergie beschert, ist es maßstabslos erneuerbare Energien immer noch wegen ihrer vermeintlichen billigen Atomstroms riskieren zu wollen.

Die Reduktion der Energiedebatte auf diesen Aspekt ist ein zu kleines Karo. Abgesehen davon können billige Preise auch anders herbeigeführt werden. Mit erneuerbaren Energien gibt es keine Brennstoff und Folgekosten. Sie werden mit massenhafter industrieller Einführung und Weiterentwicklung immer billiger, während atomare und fossile Energie uns immer teurer zu stehen kommt. Die heutigen Mehrkosten sind geringfügig im Vergleich zu dem größten Subventionsprogramm der Weltgeschichte: des Atomstroms.

Erneuerbare Energien sind die Voraussetzung für zukünftigen umweltfreundlichen und billigen Strom. Magere 18 Euro mehr

pro Haushalt und Jahr kostet das Erneuerbare Energien Gesetz. Das ist weniger, als allein die Mehrkosten für die atomare Entsorgung in Form von noch steuerfreien Rückstellungen ausmachen.

Aber damit gewinnen wir eine umweltfreundliche Energie und zahllose Arbeitsplätze – zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Mit Blick auf Berlin, möchte ich jedoch die aufgeklärten Teile der Hessischen CDU bitten nachzudenken. Die Bürger haben trotz vieler Bedenken dieser großen Koalition einen Vertrauensvorschuss gegeben. In Anbetracht der großen Herausforderungen, die vor uns allen stehen, haben die Bürger ein Recht auf Zukunftsdebatten und nicht das Bedürfnis nach einer Renaissance längst geschlagener Schlachten.

20 Jahre nach Tschernobyl hat die Atomindustrie in Ihnen, Herr Koch, und der hessische CDU willfährige Lobbyisten gefunden. Aber die Zukunft gehört weder dem Öl noch der Atomenergie, sondern der realen Perspektive menschenfreundlicher zukunftsfähiger erneuerbarer Energien.

Danke für ihre Aufmerksamkeit!